

Der Beginn des asiatischen Zeitalters

Der Aufstieg Chinas und Indiens verschiebt die globalen Machtgleichgewichte

Gideon Rachman | **Jahrhundertlang dominierte der Westen die Weltpolitik. Doch mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Asiens geht eine Machtverlagerung einher, die bereits heute globale Auswirkungen hat. Europa wird deshalb immer anfälliger für politische, soziale und ökonomischen Entwicklungen in der übrigen Welt, die es nicht mehr kontrollieren kann.**

Über 500 Jahre lang, seit Beginn des kolonialen Zeitalters, wurde das Schicksal von Ländern und Menschen in Asien, Afrika und Amerika von Entwicklungen und Entscheidungen bestimmt, die in Europa getroffen wurden – und später in den USA. Aber die Jahrhunderte der westlichen Dominanz gehen nun zu Ende. Das liegt an der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Entwicklung Asiens in den vergangenen 50 Jahren. Westliche Macht gründete auf technologischer, militärischer und wirtschaftlicher Überlegenheit, aber diese Vorsprünge schmelzen rapide.

Die Verlagerung von Macht und Wohlstand nach Asien hat sich mit großem Tempo vollzogen. Wie Premierminister Narendra Modi seine Zuhörer auf dem jüngsten Weltwirtschaftsforum in Davos erinnerte, ist Indiens Volkswirtschaft heute sechs Mal so groß wie 1997 – dem Jahr, als zuletzt ein indischer Premier eine Rede in Davos hielt. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft ist sogar noch gewaltiger. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde China 2014, nach Kaufkraft gemessen, die größte Volkswirtschaft der Welt. Die USA sind nun Nummer zwei, nachdem sie seit dem späten 19. Jahrhundert den Spitzenplatz gehalten hatten. Die IWF-Zahlen zeigen, dass sich drei der vier größten Wirtschaftsnationen heute in Asien befinden, mit Japan auf dem dritten und Indien auf dem vierten Rang. 2009 wurde China zudem zum größten Warenexporteur der Welt – die USA hatten diese Position seit Ende des Zweiten Weltkriegs innegehabt. Auch ist China einer der größten Märkte der Welt; Daimler-Benz verkauft dort heute mehr Autos als in den USA. 2016 wurde China Deutschlands größter Handelspartner.

Die ökonomische Transformation Asiens wurde zuerst in Japan in den 1960er Jahren augenfällig und danach in Südkorea, Taiwan und Teilen Südasiens in den 1970er Jahren. Das Wachstum und der offenkundige Wohlstand insbesondere der japanischen Volkswirtschaft waren so dramatisch, dass vie-

le Amerikaner sich Ende der 1980er Jahre Sorgen machten, vom ehemaligen Kriegsgegner überholt zu werden. Aber mit einer Bevölkerung von 120 Millionen im Jahr 1990 war Japan nicht stark genug, die globale Balance der Wirtschaftskräfte allein zu verschieben. Der Aufstieg Chinas und Indiens – zwei Länder mit je über einer Milliarde Menschen – ist eine andere Sache. Seit 1980 wuchs die chinesische Volkswirtschaft zweistellig, wie es zuvor Japan vorge-macht hatte. Indien legte nach Wirtschaftsreformen Anfang der 1990er Jahre ebenfalls stark zu, wenn auch nicht ganz so rasant.

Zahlenmäßige Überlegenheit

Der ausschlaggebende Grund für die Verlagerung wirtschaftlicher Macht nach Asien ist recht einfach: zahlenmäßige Überlegenheit. Im Jahr 2025 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Asien leben. Im Gegensatz dazu werden die USA für 5 Prozent und die EU samt Großbritannien für etwa 7 Prozent stehen. Jahrhundertlang war der Wohlstands- und Technologievorsprung so enorm, dass westliche Nationen internationale Politik und Wirtschaft auch ungeachtet der Bevölkerungsdifferenzen dominierten. Aber die rapide Wirtschaftsentwicklung in Asien der vergangenen zwei Generationen hat dazu geführt, dass sich der Wohlstandsvorsprung verringert hat und dass Asiens Größe bei den Bevölkerungszahlen beginnt, die globale Machtbalance zu verschieben.

**2025 werden zwei
Drittel aller Menschen
in Asien leben**

Westliche Skeptiker neigen dazu, sich auf jedes Anzeichen politischer oder wirtschaftlicher Instabilität in Asien zu stürzen, insbesondere in China – und tatsächlich gibt es davon einige. 2015 erlebte das Land einen starken Rückgang des Wachstums, einen spektakulären Kurssturz an der Börse, ein immer schärferes Vorgehen gegen Dissidenten und Verhöre nebst Verhaftungen prominenter Parteikader oder bekannter Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Medien als Teil einer Anti-Korruptionskampagne der Kommunistischen Partei. Es ist durchaus möglich, dass sich Chinas Wachstum in den kommenden Jahren verlangsamt, weit unter das von Präsident Xi Jinping bis 2020 vorgegebene Ziel von 7 Prozent.

In geopolitischer Sicht würde ein solcher Abschwung in China oder Asien aber an der Gesamtentwicklung nichts mehr ändern. Die ökonomischen Sprünge, die es China und Indien erlauben, Großmachtstatus zu reklamieren, haben bereits stattgefunden. So gehen die meisten Beobachter im Westen auch davon aus, dass sich die Verlagerung des wirtschaftlichen Machtzentrums von West nach Ost – von mir „Easternization“ oder „Veröstlichung“ genannt – weitergehen und sich in politische Macht übersetzen wird. Der amerikanische National Intelligence Council sagte schon vor einigen Jahren voraus, dass Asien bis zum Jahr 2030 Nordamerika und Europa zusammengenommen in Sachen Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerungszahl, Militärausgaben und Investitionen in Technologie überholt haben wird.

Natürlich ist Chinas kommunistisches System vor politischen und ökonomischen Schocks nicht gefeit, und Indien ist bekanntermaßen schwer zu regieren. Doch die Annahme, dass die Anfälligkeit des chinesischen und indischen Regierungssystems der „Easternization“ schnell ein Ende bereiten wird, übersieht

die Tatsache, dass auch der Aufstieg des Westens von vielen Phasen extremer Instabilität durchsetzt war. Schließlich kämpften die USA Mitte des 19. Jahrhunderts einen blutigen Bürgerkrieg aus, ohne dass dies den Weg der USA zu globaler Übermacht behindert hätte. Auch der Aufstieg Asiens wird von Krisen begleitet. China stand 1989 am Rande einer Revolution – nur ein Jahrzehnt, nachdem die von Deng Xiaoping propagierten Wirtschaftsreformen begonnen hatten. Südkorea, Thailand und Indonesien erlitten in der asiatischen Finanzkrise 1997 herbe Rückschläge. Und doch hat sich der Aufstieg Asiens fortgesetzt, und damit auch die „Easternization“.

Wie sich diese Machtverlagerung auf die internationale Politik auswirken wird, ist deshalb nicht leicht zu beantworten, weil die Übersetzung von wirtschaftlicher in politische Macht nicht gradlinig ist. Als China zur größten Wirtschaftsmacht der Welt wurde, wurde es nicht automatisch auch das mächtigste

Wirtschaftliche und politische Macht hängen eng zusammen

Land der Welt. Vielmehr behalten die USA in Sachen Militär, Diplomatie und Institutionen weiterhin die Oberhand. Und während der IWF Indien mittlerweile als drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt führt, räumt selbst die indische Regierung ein, dass ihr Land auf internationaler Bühne nicht viel mehr als eine Mittelmacht ist.

Auf längere Sicht besteht an dem starken Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht kein Zweifel. Das Britische Weltreich zerfiel, als Großbritanniens Wirtschaft nicht länger in der Lage war, dieses globale Engagement zu stützen. Die Sowjetunion verlor den Kalten Krieg im Wesentlichen deshalb, weil sie wirtschaftlich zu schwach war, um mit den USA mithalten. Umgekehrt wäre Amerikas „Rise to Globalism“, wie ihn der Zeithistoriker Stephen E. Ambrose beschrieben hat, ohne die Macht der US-Wirtschaft unmöglich gewesen.

Eher früher als später wird sich der Wohlstand asiatischer Nationen in politische Macht verwandeln, die man überall auf der Welt spüren wird. Die offensichtlichsten Konsequenzen der Erosion westlicher Macht sind derzeit die Zerrüttung der internationalen Ordnung und die wachsende Gefahr von Konflikten weltweit. Tatsächlich findet in Asien bereits ein Rüstungswettrennen statt. Indien ist, zusammen mit Saudi-Arabien, zum größten Waffenimporteur der Welt geworden. Und nach einem Bericht der *Washington Post* dürfte die chinesische Kriegsmarine im Jahr 2020 über mehr Schiffe verfügen als die amerikanische.¹

Das Schwinden strategischer und wirtschaftlicher Dominanz der USA war der Hintergrund der Wahl von Donald Trump. Mit seinem Slogan „Make America Great Again“ hat er implizit versprochen, die Machtverlagerung nach Asien umzukehren und die USA zurück in eine unangefochtene Position zu bringen, sowohl was den Lebensstandard als auch die globale Macht angeht. Einige von Trumps engsten Beratern sehen eine direkte Verbindung zwischen der Globalisierung, dem Aufstieg Asiens und dem Niedergang amerikanischen Reichtums und Einflusses. Steve Bannon, zwischen Januar und August 2017

¹ Ishaan Tharoor: China Will Have More Warships Than the U.S. By 2020, *Washington Post*, 5.12.2014.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Trumps Chefstrategie im Weißen Haus, hatte erklärt: „Die Globalisten haben die amerikanische Arbeiterklasse zerstört und eine Mittelschicht in Asien aufgebaut.“² In dieser Sicht ist der wachsende Wohlstand in Asien nichts, wovon auch der Westen profitiert – so sehen es die meisten Ökonomen –, sondern eine Bedrohung, die die USA verarmen lässt.

Bannon und Trump haben sich zerstritten. Aber die protektionistischen Instinkte der Trump-Regierung sind weiterhin intakt, wenngleich Trump in den ersten Monaten seiner Amtszeit in Sachen Handel eher versöhnliche Töne angeschlagen hat. Ein wichtiges Ereignis war das erste Gipfeltreffen mit Xi Jinping im April 2017 auf Trumps Anwesen Mar-a-Lago in Florida. Chinas Präsident gelang es meisterlich, seinem amerikanischen Gegenüber zu schmeicheln. Noch Wochen später schwärmte Trump von ihrer Beziehung und erklärte in einem Interview: „Wir haben uns wunderbar verstanden. Ich mag ihn sehr. Ich glaube, er mag mich auch sehr.“³ Die früheren Drohungen mit Strafzöllen wurden heruntergespielt, um dann ein paar Monate später wiederholt zu werden – eine Erinnerung daran, wie unbeständig derzeit im Weißen Haus Politik gemacht wird.

Trumps Unberechenbarkeit beunruhigt Japan und Südkorea, die engsten Verbündeten der USA in Ostasien, zutiefst. Beiden Ländern ist bewusst, dass sie als erste betroffen wären, wenn auf der Koreanischen Halbinsel oder im Südchinesischen Meer ein Krieg ausbräche. Die Entspannungsbemühungen des

² Zitiert nach Michael Wolff: *Ringside with Steve Bannon at Trump Tower as the President-Elect's Strategist Plots „An Entirely New Political Movement“*, *Hollywood Reporter*, 11.11.2016.

³ Transkript des Interviews mit Donald Trump, *The Economist*, 11.5.2017.

südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in gegenüber Nordkorea rund um die Olympischen Winterspiele unterstreichen, in welchem Maße die amerikanischen und südkoreanischen Interessen auseinandergehen. Südkorea lebt schon seit Jahren mit der nordkoreanischen Nuklearbedrohung. Für die Moon-Regierung besteht das größte kurzfristige Sicherheitsrisiko darin, dass die USA, um ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren, Nordkorea angreifen und einen zerstörerischen Krieg auf der Halbinsel auslösen.

Derweil ist die japanische Regierung der Auffassung, dass ein von China dominiertes Asien eher auf dem Handels- statt auf dem Konfliktweg entsteht.

Vor 20 Jahren waren die USA für alle großen asiatischen Volkswirtschaften der wichtigste Absatzmarkt, und Japans multinationale Unternehmen die größten ausländischen Investoren in Südostasien. Heute ist China der wichtigste Handelspartner Südkoreas, Japans, Australiens und der meisten anderen Länder Südostasiens, und chinesische Investitionen in den Nachbarländern werden immer wichtiger und attraktiver. Wie Japans Premierminister Shinzo Abe und der damalige US-Präsident Barack Obama erkannten, hat die wachsende wirtschaftliche Bedeutung Chinas schwerwiegende geopolitische Konsequenzen. Asiatische Staaten sind weniger bereit, sich Pekings Wünschen in den Weg zu stellen – oder sich bei Territorialkonflikten auf die Seite der USA oder Japans zu schlagen –, wenn ihr wirtschaftliches Wohlergehen von China abhängt.

Chinas ökonomische Bedeutung hat auch geopolitische Folgen

Transpazifische Partnerschaft ohne die USA

Für die Abe-Regierung war die Transpazifische Partnerschaft (TPP) – ein gigantischer Handelsvertrag, der zwölf Länder verbinden sollte und von Obama und Abe mühevoll ausgehandelt worden war – ein letzter Versuch, sich einer chinesisch dominierten Wachstumszone in Ostasien entgegenzustellen. Trumps Rückzug aus der TPP als eine seiner ersten Amtshandlungen war ein schwerer Schlag für Japans Überlebensstrategie im 21. Jahrhundert. Tokio hat sich nun entschieden, die TPP auch ohne amerikanische Beteiligung umzusetzen; die verbliebenen elf Vertragspartner sind sich einig, den modifizierten Vertrag Anfang 2018 in Kraft treten zu lassen.

Dass sich Trump aus der TPP verabschiedete, hatte primär innenpolitische Gründe. Außerhalb der USA interpretierte man den Schritt allerdings als Symbol für die Aufgabe des amerikanischen Anspruchs auf globale Führung. Ein paar Tage, nachdem die Entscheidung verkündet worden war, unterhielt ich mich mit einem Spitzenvertreter der EU in Brüssel, der bemerkte: „Ist das nicht interessant? Als die Briten die führende Wirtschaft der Welt waren, waren sie zugleich stärkste Fürsprecher des Freihandels. Als Amerika die führende Ökonomie wurde, wurden sie die stärksten Fürsprecher. Und nun, da Amerika den Glauben an die Globalisierung verliert, wird China zum stärksten Fürsprecher. Man kann hören, wie sich das Rad der Geschichte dreht.“

Wer europäische Hauptstädte besucht, merkt schnell, dass er sich in den Kapitalen früherer Weltreiche befindet. Die Ruinen der Akropolis zeugen von der Glorie des antiken Griechenlands. In Italien erinnern Kolosseum und Pantheon an die Zeiten, als das Römische Reich die zivilisierte Welt definierte. Die

Grandeur der Wiener Ringstraße weist zurück in das 19. Jahrhundert, als die Stadt noch Metropole des großen Habsburger Reiches war und nicht die Hauptstadt einer Nation mit 8,7 Millionen Einwohnern. Aus Madrid wurde einst ein Reich gelenkt, das fast ganz Lateinamerika umfasste. Das Denkmal der Entdecker in Lissabon erinnert an die Zeit, als Seefahrer wie Magellan und Kolumbus sich von Portugal aus anschickten, eine neue Welt zu erkunden und Weltreichen den Boden zu bereiten. Paraden enden in Paris immer noch am Triumphbogen, der an die Siege der napoleonischen Armee erinnert. Brüssel war einmal die Hauptstadt des belgischen Kolonialreichs, und ein großer Teil des Reichtums der Stadt entstammt der Kolonialisierung des Kongo. Und in London wuchs die Generation meiner Großeltern in einer Zeit auf, als weite Teile der Weltkarte, einschließlich Indiens, immer noch rosarot eingefärbt waren, um sie als Teile des Britischen Empire auszuweisen.

Als 2009 die globale Finanzkrise Europa erfasste, lagen die Zeiten des europäischen Imperialismus in Asien und anderswo schon rund ein halbes Jahrhundert zurück. Die meisten Europäer waren allerdings auf die Vorstellung, dass Europas Gewicht in der Weltpolitik weiter schwinden würde, nicht vorbereitet. Dabei geht es nicht nur darum, dass Europas Stimme in Zukunft weniger zählen wird. Auf dem Spiel steht auch der Wunsch des Kontinents, als Insel des Wohlstands und des politischen Anstands weiterzubestehen. Dies wird durch den stetigen Machtverlust infrage gestellt.

Der Prozess der „Easternization“ bedeutet nicht nur, dass Europa nicht mehr weite Teile der Landmassen unserer Erdkugel beherrscht. Er führt auch dazu, dass Europa immer anfälliger für politische, soziale und ökonomische Entwicklungen in der übrigen Welt wird, die es nicht kontrollieren kann – die aber die Stabilität, den Wohlstand und sogar den Frieden in Europa direkt und indirekt bedrohen. Der traditionelle Westen, als politisches Konzept betrachtet, ruhte stets auf zwei Säulen: Nordamerika und Europa. Doch wenn die USA und Europa während der Trump-Jahre aneinandergeraten, ist die westliche Allianz grundlegend in Gefahr. Als Verfechter eines „America First“ kümmerst es Trump nicht, die Europäer gegen sich aufzubringen. Aber eine Schwächung des Bündnisses würde Trumps Vorhaben, Amerika zu alter Größe zurückzuführen, tatsächlich untergraben – denn es würde die Macht der USA, die internationale Politik zu bestimmen, entscheidend schwächen und die Verschiebung von Wohlstand und Macht zugunsten Asiens noch beschleunigen.

Der Aufstieg der neuen asiatischen Mächte und der Zerfall des Westens stärken die Argumente für die europäische Einigung; die EU-Länder können auf diese Weise ihre gemeinsamen Interessen verteidigen. Aber es gibt wenig Anlass zu glauben, dass die EU schnell genug voranschreiten wird, um dem Prozess der „Easternization“ zu begegnen, der sich mit bemerkenswerter Geschwindigkeit vollzieht.

**Die Antwort der EU
kann nur verstärkte
Integration lauten**



Gideon Rachman
ist außenpolitischer
Chefkommentator der
Financial Times. 2017
erschien sein Buch
„Easternization – Asia’s
Rise and America’s
Decline. From Obama
to Trump and Beyond“.